

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Meldung beobachteter strafbarer Handlungen

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1040 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle städtischen Mitarbeiter sowie die Mitarbeiter der städtischen Unternehmen und Eigenbetriebe, die Außendienst versehen, insbesondere die Hilfspolizisten des Ordnungsamtes, **darauf hinzuweisen**, im Rahmen ihres Außendienstes alle Beobachtungen und Feststellungen, die zu einer **eventuellen** strafbaren Handlung führen könnten oder eine solche bereits darstellen, unverzüglich der Polizei zu melden. Dies betrifft insbesondere alle Aktivitäten bezüglich möglicher Haus- und Wohnungseinbrüche.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: CDU

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Enthaltung: --

Abwesend: Stadtverordneter Bayer
den

Beschluss

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion betr. Meldung beobachteter strafbarer Handlungen, 101.17.1040, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin